

Individuelle und institutionelle Übergänge im Bildungssystem – Lost in Transition?

Am 13. und 14. Mai 2013 fand das 5. Workshop der Österreichischen Forschungsgemeinschaft statt, das sich in diesem Jahr mit den *Übergängen im Bildungssystem* befasste.

In ihren Einleitungsworten weist **Univ. Prof. Dr. Christiane Spiel** darauf hin, dass in den letzten Jahren über Bildung viel gesprochen wird, dass es mehr bildungsrelevante Veranstaltungen gibt als früher und sich auch die Medien verstärkt des Themas annehmen, dass es aber bei der Umsetzung in die Praxis noch viel zu tun gebe. Sie führt das auf drei Faktoren zurück:

- Bildung ist in Österreich stark durch Ideologien geprägt
- Bildung wird abgewertet und Wissenschaft in Österreich nicht wirklich geschätzt
- Mangel an Solidarität um Ungerechtigkeiten im Bildungssystem auszugleichen

Univ. Prof. Dr. Rudolf Tippelt (Universität München) und **Dr. Lorenz Lassnigg** (IHS Wien) befassen sich in ihren Vorträgen grundsätzlich mit dem Thema *Übergänge im Bildungssystem*, wobei Lassnigg den Schwerpunkt auf die österreichische Situation legt.

Tippelt schildert zunächst die verschiedenen Lebensphasen des Menschen, die durch verschiedene Intentionen des Lernens gekennzeichnet sind. Man soll nicht nur die Übergangsphase isoliert betrachten, sondern immer die gesamte bildungspolitische Konstellation im Auge haben. Seit etwa zehn Jahren gibt es eine Vernetzung der verschiedenen Bildungsangebote. Tippelt nennt viele Faktoren, die auch in Österreich relevant sind. In Deutschland gibt es eine Unterversorgung an Bildungsplätzen der Kinder bis zum 3. Lebensjahr, die Hauptschulen verlieren Schüler/innen da der Zuzug zum Gymnasium immer größer wird. Erwiesenermaßen führt der Besuch des Kindergartens zu besseren Leistungen in der Schule. Die Duale Ausbildung spielt eine große Rolle, etwa 49% der Schüler/innen wählen diesen Weg. Die Möglichkeiten eine Studienberechtigung zu bekommen, wurden stark ausgeweitet, längst führt nicht mehr nur das gymnasiale Abitur zur Hochschule. Die Anzahl der Hochschulabsolventen hat sich in den letzten Jahren verdoppelt, das Interesse an Weiterbildungsangeboten ist sehr groß. Probleme ergeben sich durch die starke Unterfinanzierung der Universitäten. Migrant/innen holen leistungsmäßig stark auf, sie sind teilweise schon die Leistungsträger an der Universitäten, da sie über Kenntnisse in mehreren Sprachen verfügen. Die Drop-out Raten liegt bei 6, 5% im Schulbereich und 30% im Hochschulbereich. Es gibt aber große Differenzen zwischen den Bundesländern. Derzeit ist in Deutschland die Kooperation zwischen den einzelnen Bildungseinrichtungen noch zu gering. Ein wesentliches Hemmnis sieht er in der zu geringen Wertschätzung zwischen höherer und niedrigerer Einrichtung. Bürokratisch rigide Strukturen müssen aufgelöst werden, vor allem im Schulbereich. Messung und Überprüfung sind wichtig um zu einer reflektierten Gestaltung zu kommen. Die Wissenschaft kann aber nur die Daten liefern, handeln muss die Politik.

Lassnigg verweist auf die Vielfalt von Übergängen in Österreich, die er als problematisch ansieht, da er sie nicht auf einem pädagogischen Konzept basiert sieht. Lange spielten sie in der Bildungsstatistik keine Rolle. Die Drop-out Rate in Österreich ist niedrig, aber zwischen Beschäftigung und Bildung gibt es keine Verbindung. Die Jugendarbeitslosigkeit entspricht der allgemeinen Arbeitslosigkeit in Österreich, die geringe Anzahl ist aber nicht auf die Bildung sondern auf die gute Wirtschaftslage zurückzuführen. Frühkindliche Erziehung bringt auf jeden Fall einen Gewinn, sie reduziert die soziale Benachteiligung, die in späteren Jahren nicht mehr kompensierbar ist. Die Politik ist hier mäßig interessiert, sie denkt nur in Wahlperioden. Maßnahmen im Vorschulbereich verkaufen sich schlechter als solche im Schulbereich. In der Bevölkerung gibt es die Präferenz der Familie, die institutionelle Betreuung ist durch Halbtagschulen gekennzeichnet. Obwohl die Volksschule eine Gesamtschule ist, kann sie die Benachteiligung mancher Kinder nicht aufheben. Die sozialen Merkmale spielen eine größere Rolle als der Migrationshintergrund. Von der Volksschule gibt es drei Übertrittsmöglichkeiten: AHS, HS/NMS, Sonderschule. Die Leistungsunterschiede ergeben kein klares Bild, denn Schüler/innen der AHS Unterstufe und 3. Leistungsgruppe in HS weisen

manchmal die gleiche Leistung auf. Obwohl BHS Absolvent/innen einen Berufsabschluss haben, gehen viele an die Universitäten, sie weisen aber eine hohe Drop-out Rate auf. Lehre mit Matura sieht **Lassnigg** problematisch. Der wichtigste bildungspolitische Bereich ist für ihn die Früherziehung und der Vorschulbereich.

In der folgenden **Diskussion** betont **Tippelt** die Wichtigkeit der Kooperation der Bildungseinrichtungen. Lebenslanges Lernen kann nicht individualisiert sein, sondern muss abgestimmt werden, Durchlässigkeit muss gegeben sein. **Lassnigg** ist ratlos wie Österreich angesichts der vorgegebenen Strukturen verbessert werden könnte. Auch wenn man benachteiligte Jugendliche in Beschäftigung bringt, löst das nicht das Problem der fehlenden Kompetenzen. Er kritisiert, dass in Österreich das Lehrlingsystem auf der untersten Ebene einzementiert ist, während in Deutschland das Duale System ein tertiäres Angebot ist. In Österreich wurden die Fachhochschulen auf die AHS/BHS Bildung aufgesetzt, in der Schweiz auf das Lehrlingswesen. **Spiel** kritisiert, dass sich manche Institutionen für gewisse Kompetenzvermittlungen nicht zuständig fühlen, z. B. die BHS nicht für LLL. **Lassnigg** erwidert, dass die BHS gar nicht die Kapazität hätten alle Anfänger/innen zur Matura zu bringen. Jugendliche erleben in der Sekundarstufe 2 viel Misserfolg. Tippelt verweist darauf, dass viele Länder Österreich und Deutschland um das Duale System beneiden, das aber auch seine Probleme habe. In Deutschland wechseln Absolvent/innen, die nicht im Dualen System unterkommen, auf die Universität. Die Fachhochschulen expandieren zu Lasten der Universitäten, was für die Forschung problematisch sei. Aber die starke Lehrbelastung an FH lässt Forschung kaum zu. Ein Vertreter des BIFIE Salzburg verweist auf die großen Qualitätsunterschiede bei der Elementarpädagogik. Eine Teilnehmerin erwähnt eine Neuerung im kommunalen Bildungsmanagement Niederösterreichs, den „Gemeinderat für Jugendliche und Bildung“. Eine Vertreterin der PH Vorarlberg findet, dass in Österreich teilweise sehr sorglos mit Jugendlichen umgegangen werde, eine Vertreterin aus Kärnten verweist auf ein Angebot, das das Nachholen von Bildungsabschlüssen ermöglicht. Auf die Frage nach einer gemeinsamen Ausbildung für alle Lehrer/innen verweist **Tippelt** auf die Empfehlung eines Kerncurriculums für alle mit anschließender Ausdifferenzierung.

Univ. Prof. Dr. Petra Hanke (Universität Köln) und **Univ. Prof. Dr. Kai Maaz** (Universität Potsdam) befassen sich mit den Übergängen vom Elementarbereich in die Grundschule beziehungsweise von der Grundschule in die weiterführende Schule.

Beim Wechsel vom Kindergarten zur Schule sind sowohl Kinder als auch Eltern und Pädagog/innen Bewältiger und aktive Mitgestalter des Übergangs, die Erwachsenen wirken zusätzlich als Unterstützer/innen, erklärt **Hanke**. Laut einer Studie aus dem Jahr 2006 gelten 15% der Kinder als gestresst durch den Übergang, 15% gewinnen an Lebensqualität. 42% sind gering belastet und 29% sind Risikokinder, aber nicht nur aufgrund der Übergangsbelastung. Bei einer Studie aus dem Jahr 2011 wurde erhoben, dass Kinder, die schon vorher Probleme hatten, durch den Wechsel zusätzlich belastet wurden. In den 80er Jahren setzte man auf möglichst viel Kontinuität, heute spricht man sich dafür aus auch Diskontinuität zuzulassen. In manchen deutschen Bundesländern gibt es Bildungspläne für Kinder von 0 bis 10 und es kommt dadurch zu einem stärkeren Austausch zwischen Kindergarten und Grundschule über den Entwicklungsstand der Kinder. Studien zeigten positive Effekte von einer intensiveren Zusammenarbeit, aber diese Zusammenarbeit wird von manchen Eltern gar nicht bemerkt. Grundsätzlich ist der Übergang in diesem Altersbereich aber kein großes Problemfeld.

Der Übergang von der Grundschule zur Sekundarstufe 1 ist ein bedeutsamerer Schritt, bemerkt **Maaz** zu Beginn seiner Ausführungen. Die Leistung, aber auch die Herkunft des Kindes spielt eine Rolle, ob es ins Gymnasium, in die Realschule oder in die Hauptschule wechselt. Die Studie von Boudon unterscheidet primäre (Akademikereltern) und sekundäre (Kosten- Nutzenkalkulation der Eltern bei der Bildungsentscheidung für das Kind) Herkunftseffekte. Bei der Notenvergabe spielt der Status der Eltern eine gewisse Rolle. Lehrer/innen benoten Schüler/innen bei gleicher Leistung

unterschiedlich je nach sozialer Herkunft. Die Schullaufbahn wird zu 47% von der Leistung und zu 28% von der sozialen Herkunft bestimmt. Bewertungsunterschiede lassen sich oft durch die unterschiedlichen Einschätzungen zur Leistungsbereitschaft durch die Lehrer/innen erklären. Bei vergleichbaren Leistungen haben Schüler/innen in leistungsstarken Klassen weniger Chancen aufs Gymnasium gehen zu können als in leistungsschwachen. In Deutschland gibt es zum Unterschied von Österreich die Gymnasialempfehlung. Wird die Gymnasialempfehlung ausgesprochen, gehen 86% aufs Gymnasium, wird sie nicht ausgesprochen, gehen 88% nicht aufs Gymnasium. **Maaz** spricht sich für neue Formen der Leistungsbeurteilung und für eine frühe Diagnostik von Defiziten aus, wobei die diagnostischen Fähigkeiten der Lehrer/innen verbessert werden müssten. Eltern sollten besser und umfassender informiert werden. Ganztägige Schulformen sollten verstärkt in allen Schultypen ausgebaut und innerhalb der Schultypen sollte ein problemloses Switchen erleichtert werden. Er will sich nicht festlegen, wann der beste Zeitpunkt für eine Differenzierung wäre.

In der **Diskussion** wird die Diagnosekompetenz der Lehrer/innen und das rechtzeitige Erkennen des Förderbedarfs angesprochen. **Hanke** betont die Wichtigkeit der pädagogischen Leistung gegenüber der Organisationsform. **HR Köhne** meint, dass eine Differenzierung erst am Ende der Schulpflicht systemlogisch sei. Vorher sollte es kein Versagen geben, danach müssten die Schüler/innen aber selbst Verantwortung für ihre Leistungen übernehmen. Die Schwierigkeit der Zusammenarbeit von Kindergarten und Grundschule bei mehreren in Frage kommenden Institutionen wird vorgebracht und die Weigerung der Eltern Bildungsdokumentationen weitergeben zu lassen. **Spiel** meint, dass die Bildungsinstitutionen mehr Verantwortung für die Leistungen der Schüler/innen übernehmen müssten. **Tippelt** verweist auf die Problematik der Zusammenarbeit in der Praxis, da die Wertschätzung zwischen den verschiedenen Bildungsinstitutionen oft fehle. **Hanke** erwidert, dass bei der Zusammenarbeit zwischen Kinderpädagog/innen und Grundschullehrer/innen im Bereich Sprachstandsfeststellungen die gegenseitige Anerkennung stieg. Allgemein wird für eine vertiefte gemeinsame Ausbildung, zumindest in einigen Bereichen, plädiert, aber auch festgestellt, dass da noch ein weiter Weg zurückzulegen sei.

Der zweite Tag beginnt mit drei Vorträgen. **Prof. Dr. Markus Neuenschwander** (PH Nordwestschweiz Solothurn) und **Univ. Prof. Dr. Ferdinand Eder** (Universität Salzburg) befassen sich mit Zugängen und Übergängen in die Sekundarstufe wobei Eder die österreichische Situation im Fokus hat. **Univ. Prof. Dr. Rainer Watermann** (Universität Berlin) spricht über Zugänge und Übergänge in den tertiären Bereich.

In der Schweiz wählen Jugendliche nach neun Schuljahren zwischen Gymnasium, Fachmittelschule, dualer und vollzeitlicher Berufsausbildung, bei der Dualen Ausbildung haben sie 280 Möglichkeiten. Etwa zwei Drittel wechseln in die Duale Ausbildung, die Maturaquote beträgt 20%. Für Schüler/innen mit schwächeren schulischen Leistungen gibt es sogenannte Brückenangebote. Die Berufsbildungsentscheidungen hängen von verschiedenen Faktoren ab, die Eltern spielen eine große Rolle. Bei Studien zeigte sich, dass die Eltern etwa ab der 6. Schulstufe den Schulabschluss ihrer Kinder relativ gut voraussagen konnten. In der Dualen Ausbildung spielt neben den Noten auch die Art der Bewerbung eine Rolle. Die Ausgangsbedingungen am Ende der 9. Schulstufe sind ganz entscheidend, in den ersten sechs Monaten der Lehre ändert sich nicht mehr viel. Wichtig ist die Sozialisationsfähigkeit im Lehrbetrieb, darüber sagen Noten aber nichts aus. Beim Übertritt ins Gymnasium spielen die Erwartungshaltung der Eltern und die Herkunft eine große Rolle. Ob der Übergang erfolgreich gelingt, liegt aber sehr stark an der Leistungsmotivation der Jugendlichen. Nach dem Eintritt ins Berufsleben verlieren die schulischen Leistungen an Bedeutung, meint **Neuenschwander**.

In Österreich gibt es den freien Zugang nach der 4. Schulstufe nur in die Neue Mittelschule und die Regel-Hauptschule. Bei der AHS ist die AHS Reife Voraussetzung, bei den Profil Hauptschulen gibt es Aufnahmetests. Die Lehrpläne zwischen AHS und HS sind zwar gleich, die AHS bietet aber die

vertiefte und die HS die breite Allgemeinbildung. Die AHS Reife hängt von den Noten „sehr gut“ und „gut“ im Zeugnis der 4. Klasse Volksschule ab und je näher eine Schule zum städtischen Bereich liegt, desto mehr „sehr gut“ haben die Kinder. In den letzten Jahren ist die Zahl der AHS reifen Kinder in den Städten enorm angewachsen, im ländlichen Bereich nicht. Es besteht auch ein direkter Zusammenhang zwischen Noten und dem Bildungsstatus der Eltern. In Österreich gibt es nur für 30% der Schüler/innen AHS Plätze, 60% wollen sie aber besuchen. Kinder, die trotz AHS Reife keinen AHS Platz bekommen, haben später Nachteile.

Beim Übergang zu Oberstufenformen oder in die Duale Ausbildung bestimmen die Interessen die Richtung der Entscheidung, fehlende Fähigkeiten können kompensiert werden. Nur in der NMS ist die Berufsorientierung verpflichtend, in der AHS Unterstufe findet sie meist integriert bzw. kaum statt, auch in der HS gibt es diesbezügliche Defizite. Die BMS haben zunehmend eine reine Aufbewahrungsfunktion und in die Lehre gehen meist nur die Schüler/innen mit den schlechten Noten. **Eder** spricht sich für eine Abschaffung der Noten, für eine Rücknahme der Schwerpunktbildung der Schulen und für mehr Förderung der sozialen Kompetenzen aus. Der Übergang in die Sekundarstufe 2 sollte mit Ende der Schulpflicht erfolgen.

In Deutschland gibt es große Unterschiede bei den schulischen Leistungen zwischen den einzelnen Bundesländern berichtet **Watermann**, dies betrifft vor allem die Gesamtschulen und die Berufsgymnasien. Der Zustrom zu den Hochschulen ist groß und soll noch ausgebaut werden, vor allem für die MINT Fächer werden Studierende gesucht. Bei der Wahl des Ausbildungsweges spielt die Kosten- Nutzen-Rechnung, verbunden mit der Erfolgswahrscheinlichkeit, eine große Rolle. Schüler/innen mit sozial niedriger Herkunft absolvieren eher zuerst eine Ausbildung und beginnen dann ein Studium. Die TOSCA Studie zeigte, dass Migrant/innen, vor allem solche türkischer Herkunft, eine hohe Neigung hatten ein Studium zu beginnen. Frauen machen öfter das Abitur, schließen aber seltener ein Studium an. Abiturient/innen aus Städten studieren häufiger als solche aus dem ländlichen Raum. Zum Einfluss von Studiengebühren auf den Zugang zum Studium gibt es Studien mit unterschiedlichen Aussagen, sie reichen von keinem Einfluss bis zu sehr differenzierten Effekten.

Die Abbruchquoten beim Bachelorstudium sind relativ hoch, vor allem in den MINT Fächern. Migrant/innen brechen häufiger ab. Ein nicht unbeträchtlicher Anteil von angehenden Studierenden erfüllt die Standards in Englisch und Mathematik nicht.

In der folgenden **Diskussion** wird das Phänomen Abbruch trotz numerus clausus angesprochen. **Spiel** verweist darauf, dass Schüler/innen oft etwas wählen um etwas anderes zu vermeiden, z.B. RG um den Sprachen auszuweichen. **Könne** möchte das Ende der Schulpflicht stärker ins Bewusstsein der Schüler/innen bringen. In der Schweiz wird dieses Ende teilweise groß gefeiert, berichtet **Neuenschwander**, **Eder** sieht nach den neun Jahren keinen echten Abschluss. Die Universitäten haben laut Waterman Probleme sich auf das Bologna System umzustellen. **Tippelt** hat Bedenken, dass immer mehr Jugendliche zum Studium drängen, in Deutschland sind es bald mehr als in der beruflichen Ausbildung. **Eder** sieht in den Eltern keine guten Berater für die Kinder im Hinblick auf die Berufswahl da sie nicht objektiv wären.

Zum Abschluss der Tagung werden bei einer **Podiumsdiskussion** vier Beispiele zur Gestaltung von Übergängen im Bildungswesen präsentiert.

Dipl. Päd. Signe Brunner-Orawsky stellt die von ihr 2006 gegründete „Freie Schule - Lernzeiträume“ vor, die aus Grundschule, Realschule und Aufbaugymnasium besteht. Grundlage ist der Bildungsplan von Baden-Württemberg. Sie setzt vor allem auf selbstorganisiertes Lernen und nur Kinder, die nicht von Anfang dabei sind fragen „Was soll ich jetzt machen?“ Es ist eine Ganztagschule ohne Hausübungen und Schularbeiten, es gibt einen Schulpsychologen und an zwei Tagen pro Woche Lerntherapeuten.

Prof. Dr. Susanne Bosshart stellt das Projekt Basisstufe, ein Schweizer Kooperationsmodell zwischen Kindergarten und Schule vor. Im Kanton St. Gallen sind zwei Jahre Kindergarten obligatorisch, die Kinder werden einem Kindergarten zugeteilt, die Eltern können nicht wählen. In ihrem Modell werden zwei Jahre Kindergarten und zwei Jahre Volksschule individuell, je nach den Voraussetzungen des Kindes, gestaltet. Es stellte sich nämlich heraus, dass beim Schuleintritt 25% der Kinder ein halbes und 10% der Kinder ein ganzes Jahr voraus waren, 17% der Kinder noch Probleme mit der Schulreife hatten. In dem Modell werden 18 – 24 Kinder von zwei Personen mit einer Arbeitsleistung von 140% betreut.

Prof. Dr. Sabina Larcher-Klee stellt das Projekt Mentoring, ein Modell der Pädagog/innenbildung mit einer begleiteten Berufseinstiegsphase von zwei bis drei Jahren aus dem Kanton Zürich vor. Die Begleiter/innen erhalten an der PH eine Ausbildung und bilden dann an den Schulen die jungen Kolleg/innen weiter. Es geht um Fragen wie „Wie fördere ich richtig?“ oder „Wie stelle ich die Aufgaben richtig?“ Supervisionsgruppen sind eingerichtet und werden vom Kanton bezahlt. Lehrer/innen gehen für ca vier Wochen an die PH zurück und werden in dieser Zeit von Studierenden an den Schulen vertreten.

Doz. Dr. Georg Spiel vom Verein Promente-Kijufa stellt das Projekt Berufsrehabilitatives Kontinuum, ein Kärntner Betreuungsprojekt für Jugendliche vor, die sich „Not in education, employment or training“ (NEET) befinden. Sie scheinen in keiner Statistik auf, es handelt sich aber um ca 70 000 Personen. Es gibt einen Cluster von Interventionsprogrammen mit dem Ziel die Jugendlichen in den Arbeitsmarkt zu bringen. Bei 52% gelingt diese Vermittlung, bei 19% nicht. 29% brechen das Programm ab, manche steigen aber später wieder ein.

In der **Diskussion** meint **Brunner-Orlawsky**, dass das größte Problem der erfolgreichen Weiterführung das Geld sei, dem schließt sich **Bosshart** an. Ein flächendeckender Einsatz der Basisstufe sei nicht möglich. **Christiane Spiel** beklagt den Mangel an Forschung und Evaluation von Projekten, der auch gar nicht im Sinne von Ministerien wäre. **Larcher-Klee** ist überzeugt, dass man „viel umsetzen kann, wenn man die Menschen überzeugen kann“. Für die PH sei die Forschung schwierig da sie zu wenig Personal dafür habe. Das Projekt Fachlehrerbegleitung ist freiwillig. Die Schule von **Brunner Orawsky** hat 103 Schüler/innen, am wenigsten in den ersten beiden Klassen, da es im Raum sehr gute Grundschulen gibt. Die Eltern der Kinder sind hauptsächlich Angestellte und höher qualifizierte Arbeiter. Die Lehrer/innen an der Schule arbeiten um 50% des Normalgehaltes aus Idealismus, der Schulpsychologe ist ein Pensionist. Die Zuweisung der Jugendlichen zu **Dr. Spiel** erfolgt von den verschiedensten Stellen.

Zum Abschluss der Veranstaltung meint **Univ. Prof. Dr. Christiane Spiel**, dass das Geld im Bildungsbereich vorhanden wäre, es müsste nur richtig eingesetzt werden.

Dr. Christine Krawarik